



**Berlin, 23. Februar 2026
Nr. 15/2026**

Textilindustrie Ost: Beschäftigte fordern 5 Prozent

Die Beschäftigten der Textilindustrie Ost fordern 5 Prozent mehr Geld – mindestens aber 150 Euro, um besonders die unteren Einkommen zu entlasten. Zusätzlich sollen die Ausbildungsvergütungen überproportional erhöht und die tarifliche Altersteilzeit verlängert werden. Diese Forderungen für die Tarifrunde hat der Vorstand der IG Metall heute auf Empfehlung der Tarifkommission beschlossen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll 12 Monate betragen.

Eileen Müller, Verhandlungsführerin der IG Metall: „Gerade jetzt, wo die Industrie schwächelt, braucht es verlässliche Antworten. Sicherheit beim Arbeitsplatz und beim Einkommen schafft Kaufkraft und sorgt dafür, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Es braucht Einkommen zum Auskommen. Die IG Metall-Forderungen sind notwendig und angemessen.“

Die Forderung nach einem Mindestbetrag von 150 Euro soll sicherstellen, dass gerade die unteren Entgeltgruppen eine überdurchschnittliche Entlastung erhalten. Sie spüren die gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders deutlich. Auch für die Auszubildenden soll die Vergütung überproportional steigen. Im Wettbewerb um den dringend benötigten Nachwuchs soll so die Branche nicht weiter zurückfallen. Für die Kolleginnen und Kollegen, die sich dem Übergang in den Ruhestand nähern, ist eine Fortführung der tariflichen Altersteilzeit unerlässlich. In einer Befragung der IG Metall haben fast 100 Prozent der Teilnehmenden dies für unverzichtbar erklärt. Die Befragung der Beschäftigten zeigt außerdem eine starke Wechselbereitschaft in der Branche. Für weniger als ein Drittel der Beschäftigten ist ein Jobwechsel kein Thema – die große Mehrheit denkt aber zumindest darüber nach, den Arbeitgeber oder sogar die Branche zu verlassen. „Das ist ein ernstes Signal für die Textilindustrie Ost. Wenn die Betriebe ihre Beschäftigten halten wollen, müssen sie jetzt liefern: mit fairen Einkommen und klaren Perspektiven“, bekräftigt Müller. Die erste Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Tarifkommission findet am 10. März in Chemnitz statt. Die Friedenspflicht endet am 31. März 2026. Ab dem 1. April 2026 sind Warnstreiks möglich.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82